

Schulen werden zu Impfzentren

Ab 19. August impfen mobile Teams Lehrkräfte und Schüler ab zwölf Jahren

SHZ - 29.07.2021

Margret Kiosz

Bildungsministerin Karin Prien (CDU) legt Wert auf die Feststellung: Die Impfkampagne, die ab 19. August an 250 Gemeinschaftsschulen und Gymnasien in Schleswig-Holstein beginnt, ist freiwillig. „Es gibt selbstverständlich keinen Druck“ – weder auf Schüler noch auf Eltern, versicherte die Ministerin gestern in Kiel. Das Angebot, sich von mobilen Teams der Kassenärzte gegen das Coronavirus impfen zu lassen, gelte für Kinder ab zwölf Jahren sowie für alle Beschäftigten. Zum Einsatz kommt das Präparat von Biontech/Pfizer, die Zweitimpfung finde jeweils drei Wochen später ebenfalls im Schulgebäude statt.

Kurz vor Beginn des neuen Schuljahres am Montag appelliert die Ministerin an alle impffähigen Bürger, sich

Kein Druck auf die Eltern

KOMMENTAR



Margret Kiosz
kim@shz.de

Bei der Ständigen Impfkommission (Stiko) hat sich Schleswig-Holsteins Schulministerin keine Freunde

mit der Jugend zu solidarisieren. „Jeder geimpfte Mensch kann eine Infektionskette durchbrechen“, sagte sie. „Je höher die Impfquote, desto sicherer kann Präsenzunterricht stattfinden.“ Schüler hätten in den vergangenen

gemacht: Ihre Impfkampagne im Klassenraum nimmt auf Bedenken des honorigen Ratgeberremiums keine Rücksicht. Die Stiko argumentiert zu Recht, schwere Coronaverläufe seien bei Kindern selten. Das noch unerforschte Risiko einer Impfung bei 12 - bis 18-Jährigen stehe in keinem Verhältnis zum medizinischen Nutzen der Immunisierung.

Zwar betont Ministerin Prien, mit dem niederschweligen Impfangebot wolle sie Eltern und Schü-

ler nicht unter Druck setzen. Aber warum wartet sie dann nicht auf ein positives Votum der Stiko? Follow the Scientist ist ein beliebter Schlachtruf in diesen Zeiten, darum sollte Prien die Forscher in Ruhe ihre Arbeit machen lassen.

Natürlich können Eltern die Risiken individuell abwägen und ihr Kind impfen lassen. Möglichkeiten dazu außerhalb des Schulgebäudes gibt es inzwischen genug. Dort fühlen sich Väter und Mütter nicht von der Politik unter Druck gesetzt.

ter den Alltag der 361800 Schüler im Norden – darunter 23500 Abc-Schützen. Zumindest in den ersten drei Wochen nach den Sommerferien: Es bleibt vorerst bei zwei Pflicht-Tests pro Woche, und die Maskenpflicht

im Unterricht bleibt ebenfalls bestehen. Zudem rät Prien mit Hinweis auf die Gefahr durch Auslandsrückkehrer allen Familien mit schulpflichtigen Kindern, sich drei Tage vor Unterrichtsbeginn testen zu lassen. Sie bekräftigte den hohen Rang geöffneter Schulen. „Es kann auf keinen Fall sein, dass noch einmal Schulen geschlossen werden, um das öffentliche Leben zu entlasten“, sagte sie. Darin sei sich die Koalition von CDU, Grünen und FDP einig.

Ansonsten sieht Prien die 794 Schulen „gut vorbereitet auf das neue Schuljahr“. Es gebe 70 neue Lehrerstellen, 100 zusätzliche FSJ-Stellen, mehr Aushilfslehrkräfte und Schulassistenten sowie 69000 neue Computer. Damit diese pädagogisch sinnvoll bedient und gefüttert werden, schafft das Land 90 neue Beamtenstellen.

Seite 9

Mehr Planstellen für Lehrer

Zahl der Abc-Schützen steigt schwächer

KIEL Die Zeiten des rasanten Wachstums der Schülerzahlen sind im Norden vorbei. Am Montag werden 361 800 Schüler wieder in den Klassenräumen Platz nehmen, fast genauso viele wie im Vorjahr. Auch die Zahl der Abc-Schützen steigt nur um 200 auf 23 500, an den Berufsschulen sinkt die Schülerzahl um zwei Prozent.

Die Zahl der Lehrerplanstellen erhöht sich ab August um 72 auf 19 329. Exakt 98,7 Prozent der Stellen sind besetzt. Von 758 Schulleiterstellen sind 26 vakant. Bildungsministerin Karin Prien (CDU) räumte ein, dass es regional starke Unterschiede gibt. So habe ihre Behörde in

Dithmarschen Probleme, Stellen zu besetzen, in den „Metropolen“ hingegen nicht.

Die 72 neuen Planstellen in den Klassenzimmern sind aber nicht alles. Zusätzlich erhalten die Schulen im Rahmen des Programms „Zukunft Schule im Digitalen Zeitalter“ 250 neue Stellen: 103 Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen und Förderzentren und 17 Stellen an den Berufsbildenden Schulen für die Entwicklung und Einführung von Medienfachkonzepten im digitalen Unterricht. 40 weitere Stellen werden für die Informatik-Weiterbildung der Lehrkräfte geschaffen, 90 Stellen gehen an das Institut für

Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein „zum Aufbau einer landesweiten Unterstützungsstruktur für den digitalen Fachunterricht“. Private Dienstleister kommen laut Prien nicht infrage. Hier seien Pädagogen notwendig, da es auf die Inhalte ankomme, die Schülern vermittelt werden sollen.

Die Lehrgewerkschaft GEW warnte davor, alles in rosaroten Farben zu sehen. Den Schulen dürften nicht wie im vergangenen Schuljahr stets „von jetzt auf gleich“ Aufgaben aufgebürdet werden, die sie aufgrund mangelhafter personeller und sächlicher Ausstattung gar nicht bewältigen könnten. *kim*

Corona drückt Schülern auf die Seele

Experten: Psychische Auswirkungen der Pandemie ernst nehmen / Kontakte zentral, nicht nur Nachhilfeangebote

WIESBADEN Familienforscher warnen davor, die psychischen Belastungen durch die Corona-Pandemie auf Schüler zu unterschätzen. „Die Auswirkungen von Schulschließungen auf die psychische Gesundheit der Kinder und Jugendlichen sind offensichtlich gravierender als bisher angenommen“, erklärte der stellvertretende Direktor des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB), Martin Bujard, gestern in Wiesbaden. Davon seien speziell jugendli-

che Mädchen und junge Menschen mit Migrationshintergrund betroffen.

Bujard sagte: „Das Offenhalten der Schulen sollte hohe Priorität haben, damit sich psychische Belastung und Lernrückstände nicht noch weiter verstärken können.“ Hochrechnungen hätten ergeben, dass nach dem ersten Lockdown 2020 rund 477 000 Jugendliche im Alter von 16 bis 19 Jahren in einer Selbsteinschätzung Symptome einer Depression zeigten. Dies entspräche etwa 25 Prozent



Auch auf unbeschwertes Spielen auf dem Pausenhof mussten viele Schüler lange verzichten. Foto: dpa/Julian Stratenschulte

dieser Bevölkerungsgruppe – im Vergleich zu zehn Prozent bei einer Befragung im Jahr vor der Pandemie.

Der Blick auf die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen muss daher nach Einschätzung des Experten ebenso wichtig sein wie das Schließen von Bildungslücken. „Kontakte mit Gleichaltrigen, Lebensfreude und altersgerechte Erlebnisse in Sport, Freizeit oder Reisen sind daher zukünftig zentral, nicht nur Nachhilfeangebote“, heißt es in der BiB-Publikation.

Psychisch gesunde und selbstsichere Kinder könnten Lernrückstände deutlich

schneller und leichter aufholen, erklärten die Experten. Hilfreich seien Programme, die Kindern aus sozial schwachen Familien die Teilnahme an Schulfahrten finanzierten. „Wenn Kinder und Jugendliche wieder Zeit für Aktivitäten mit Gleichaltrigen bekommen und Lebensfreude zurückgewinnen und das schulische Aufholen ohne zu viel Druck und Verunsicherung gestaltet wird, wird sich auch die psychische Belastung der Jugendlichen verringern können“, heißt es in

der Studie. Werde aber schulischer Druck ausgeübt und die Schüler verunsichert, drohten psychische Erkrankungen.

Nach den Worten von Bujard ist es jedoch nicht gerechtfertigt, pauschal von einer „verlorenen Generation“ zu sprechen. „Rund zwei Drittel der Kinder und Jugendlichen sind trotz mancher Schwierigkeiten relativ gut durch die bisherigen pandemiebedingten Einschränkungen gekommen“, erklärte er. *dpa*

Jugendliche können sich bald in der Schule impfen lassen

Ministerium startet Kampagne mit mobilen Teams - Eltern sehen Angebot kritisch

VON ANNE HOLBACH

KIEL. Ab dem 19. August können sich Jugendliche und Lehrkräfte in der Schule gegen das Coronavirus impfen lassen. Bildungsministerin Karin Prien (CDU) kündigte am Mittwoch an, dass das Land mobile Impfteams der Kassenärztlichen Vereinigung an 250 Gemeinschaftsschulen und Gymnasien schickt. „Selbstverständlich ist das Angebot freiwillig und kostenlos“, betonte die Ministerin. Zum Einsatz kommt der Impfstoff von Biontech, der ab zwölf Jahren zugelassen ist.

Die Ständige Impfkommission (Stiko) legt die Impfung bislang nur Jugendlichen mit bestimmten Vorerkrankungen nahe. Eine explizite Empfehlung gab auch Prien nicht ab. „Bei Kindern und Jugendlichen bedarf es einer individuellen Risikoabwägung mit dem Arzt.“ Ihre Kinder seien beispielsweise alle geimpft.

Bei Erwachsenen sei die Lage dagegen klar: Hier ap-

pelliere sie an alle, sich impfen zu lassen. Das sei ein Akt der Solidarität. Sie rief konkret Lehrkräfte, die bislang zögerlich waren, dazu auf, sich den Schutz zu holen. „Jeder geimpfte Mensch kann eine Infektionskette durchbrechen.“ Je höher die Quote sei, desto sicherer könne Präsenzunterricht stattfinden.

Es werde eine Hotline geben, unter der Ärzte und Ärztinnen die Eltern vorab beraten. Die Aktion für die Erstimpfungen solle zwei Wochen dauern. Die Opposition im Landtag befürwortet das Angebot, die SPD hätte sich allerdings früheres Handeln vor dem Schulstart gewünscht.

Ob die Impfungen in der Schulzeit am Vormittag, am Nachmittag oder an den Wochenenden stattfinden, wird laut Prien unterschiedlich sein. Die Schulen gingen nun in die Terminvereinbarungen. „Grundsätzlich ist es möglich, dass Eltern ihre Kinder begleiten“, so die Ministerin. Es gehe darum ein niedrighwelliges



„Bei Kindern und Jugendlichen bedarf es einer individuellen Risikoabwägung.“

Karin Prien (CDU)
Bildungsministerin

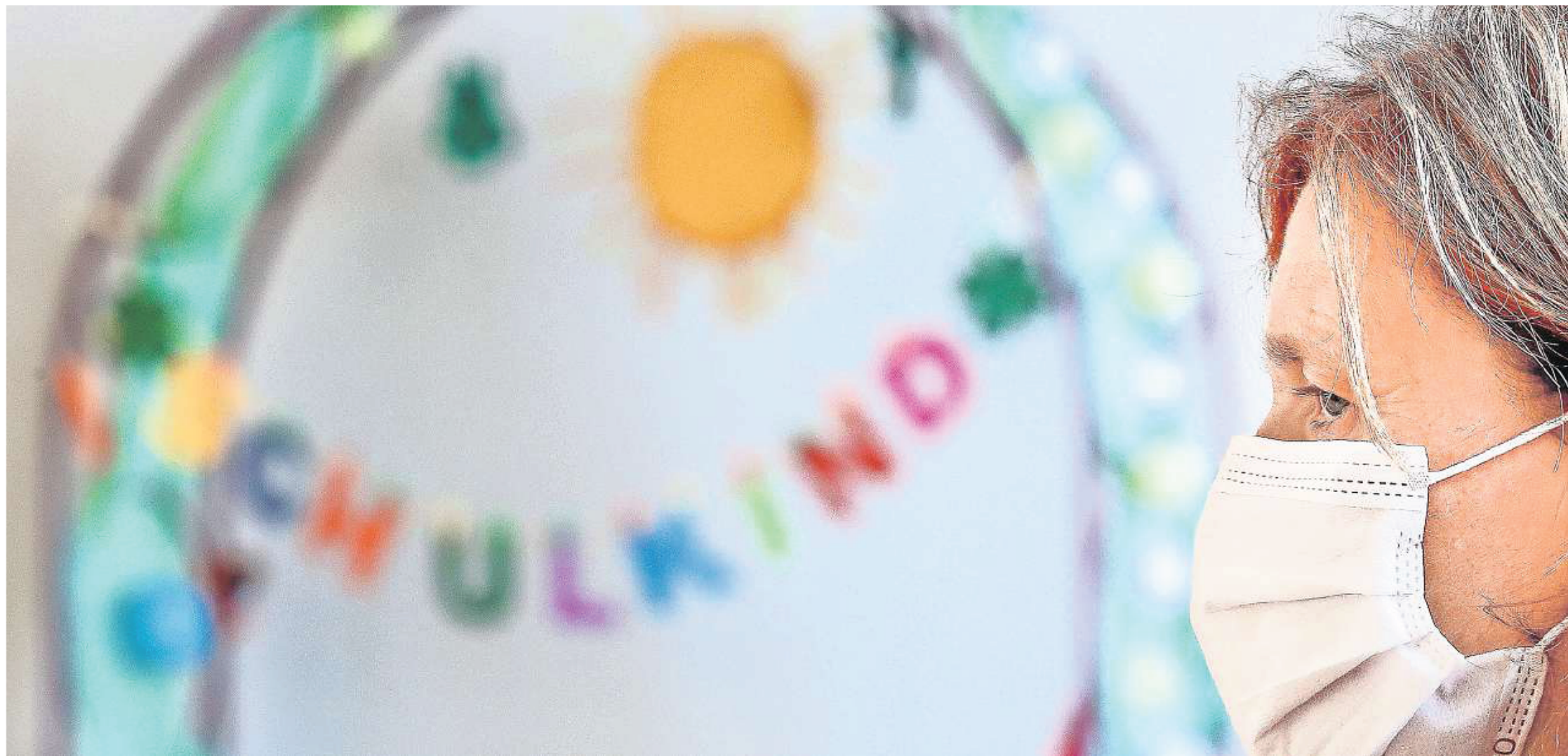
Angebot zu machen. „Druck darf und soll auf die Eltern oder die Jugendlichen nicht ausgeübt werden.“

Genau das befürchten Thorsten Muschinski vom Landeselternbeirat der Gemeinschaftsschulen und Claudia Pick von den Gymnasien. „Das führt zu dem Gefühl, jetzt muss ich mich imp-

fen lassen, weil es alle machen“, glaubt Pick. Die Entscheidung müsse aber individuell innerhalb der Familien getroffen werden. Schülerinnen und Schüler könnten in eine Verteidigungshaltung gedrängt werden, falls sie sich keine Spritze geben lassen, mahnt Muschinski. „Das wird zwangsläufig zu Theater in der Schule führen.“

Ben Fricke, Landesschülersprecher der Gymnasien, findet es gut, dass Jugendliche nun einfacher an eine Impfung gelangen. Auch er sieht das Problem eines Gruppenzwangs. Dem könnten Lehrkräfte und Schulpsychologen aber möglicherweise mit Gesprächen entgegenwirken.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) geht davon aus, dass Schulleitungen Unterstützung benötigen dürften, weil sie den Ärger von Impfgegnerinnen und Impfgegnern auf sich ziehen könnten.



Alles geschmückt für den Schulbeginn: Bildungsministerin Karin Prien hatte zur Pressekonferenz in die Kieler Gerhart-Hauptmann-Grundschule eingeladen. Im Mittelpunkt stand die Impfkampagne an den Schulen in Schleswig-Holstein, die Mitte August beginnen soll.

FOTO: UWE PAESLER

Eltern fühlen sich von Prien überrumpelt

Das Impfangebot stößt prinzipiell auf Zustimmung, aber an der geplanten Umsetzung gibt es noch Kritik

VON ANNE HOLBACH

KIEL. „Es kann auf keinen Fall sein, dass noch einmal Schulen geschlossen werden, um das öffentliche Leben zu entlasten“, sagte Bildungsministerin Karin Prien (CDU) gestern auf ihrer Pressekonferenz zum Schulstart in der Kieler Gerhart-Hauptmann-Grundschule. Um möglichst sicher nach den Ferien in den Präsenzunterricht starten zu können, bleibt Schleswig-Holstein nicht nur bei einer Maskenpflicht drinnen und regelmäßigen Tests in den ersten drei Wochen. Das Land beginnt auch eine Impfoffensive für Schüler ab zwölf Jahren. Mobile Impfteams sollen sie und Lehrkräfte in 250 Gymnasien und Gemeinschaftsschulen mit dem Impfstoff von BioNTech versorgen.

Weil für Jüngere noch kein Vakzin zugelassen ist, appellierte Prien an alle Erwachsenen, sich impfen zu lassen. „Wo Kinder und Jugendliche für uns alle auf so vieles verzichten haben, müssen wir jetzt für sie Verantwortung übernehmen.“ Keine gesellschaftliche Gruppe sei so in ihrem Leben beeinträchtigt gewesen wie junge Menschen, „die nicht in die Schule konnten, nicht zum Sport, die nicht musizieren konnten oder sich in Jugendgruppen treffen“. Nun müssten die Er-



„Wir sind sehr kurzfristig informiert worden. Einbindung geht anders.“

Claudia Pick, Landeselternbeirat Gymnasien

wachsenen Solidarität zeigen.

Obwohl es noch keine uneingeschränkte Empfehlung der Ständigen Impfkommission (Stiko) dafür gibt, alle Jugendlichen zwischen zwölf und 18 Jahren zu impfen, macht das Land mit der Aktion den Weg für eine massenhafte Immunisierung der Altersgruppe frei.

Es gelte, erneute Schulschließungen zu verhindern, so Anita Klahn (FDP). Deshalb sei es richtig, mit dem Angebot all jene im Umfeld von Schulen zu erreichen, die bisher noch nicht geimpft werden konnten. Beifall gab es auch von den Grünen. Die Landesvorsitzende Ann-Kathrin Tranziska wünscht sich jedoch



„Das Impfangebot ist gut, es hat aber nichts im Unterricht verloren.“

Thorsten Muschinski, Landeselternbeirat Gemeinschaftsschulen

eine begleitende Kampagne, die leicht zugänglich und in verschiedenen Sprachen über Chancen und Risiken informiert.

Prien kündigte an, dass Schulen und Eltern in den kommenden Tagen mit mehr Information versorgt würden. Zudem soll es eine Hotline mit ärztlicher Beratung geben. „Ich fände es gut, wenn das Thema im Biunterricht angesprochen würden“, sagte Ben Fricke, Schülersprecher der Gymnasien. „Welcher Jugendliche ruft denn bei einer Hotline an?“

Die Opposition lobte, dass der Fokus nun auf junge Menschen gelegt wird. „Besser als ein Impfangebot nach den Fe-

rien wären geimpfte Jugendliche nach den Ferien gewesen“, kritisierte Martin Habersaat (SPD). Das sieht Jette Waldinger-Thiering genauso: „Warum erst ab dem 19. August und nicht ab erster Schulwoche? Das hätte man doch längst vorbereiten können.“

Die Elternvertreter fühlten sich gestern überrumpelt. „Wir sind sehr kurzfristig über die Planungen in Kenntnis gesetzt worden“, sagte Claudia Pick, Vorsitzende des Landeselternbeirats Gymnasien. Einbindung sehe anders aus. „Ein Impfangebot ist gut, es hat aber nichts in der Unterrichtszeit verloren“, findet Thorsten Muschinski vom Landeselternbeirat Gemeinschaftsschulen. Beide sorgen sich um Datenschutz und sozialen Druck, wenn am Vormittag jeder aus der Klasse sehe, wer

zum Impfen geht und wer nicht.

Dass es nach den Ferien zunächst beim Nasenabstrich zweimal pro Woche bleibt, findet Sabine Camps, Schulleiterin der Kieler Gerhart-Hauptmann-Grundschule unproblematisch. „Die Kinder gehen ganz lässig damit um. Selbst die Erstklässler kommen gut damit klar.“ Sie freue sich auf die 80 Kinder, die nächste Woche eingeschult werden. Das Robert-Koch-Institut hatte kürzlich für Grundschulen empfohlen, auf eine Pool-Lösung mit Lollitests zu setzen. Das wird laut Prien auch für Schleswig-Holstein geprüft.

Es gebe auch intensive Beratungen über mögliche neue Schwellenwerte, so Prien. Der Inzidenzwert allein werde auf Dauer kein ausreichender Indikator mehr sein.



KOMMENTAR

VON ANNE HOLBACH
SH-REPORTERIN

Bloß kein Druck

► Wenn bald mobile Impfteams in die Schulen kommen, finden das sicher viele Familien praktisch. Einige Eltern haben sich längst eingehend mit der Frage auseinandergesetzt, ob sie ihre Kinder impfen lassen wollen. Sie müssen sich so nicht aktiv um einen Termin bemühen. Das Angebot bringt sicher auch viele in Bewegung, die sich noch keine Gedanken darüber gemacht haben. Deshalb ist es gut, dass Schleswig-Holstein diesen Weg geht, um die Impfquote zu erhöhen.

Um die hohen Ziele zu erreichen, wird es nicht ohne die Jugendlichen gehen. Das haben Experten zuletzt mehrfach betont. Viele Eltern sind aber angesichts der fehlenden Stiko-Empfehlung hin- und hergerissen, was das Beste für ihre Kinder ist. Zwar spricht die Ministerin keinen klaren Rat zur Impfung ab 12 Jahren aus. Dass nun aber massen-

haft an Schulen geimpft wird, kann als klares Signal der Landesregierung gedeutet werden, was sie sich für ein Vorgehen wünscht.

Wenn sich von 30 Jugendlichen in der Klasse nun 25 für eine Impfung entscheiden und fünf dagegen, erzeugt das natürlich Druck. Das dürfte viele Impfgegner auf den Plan rufen, die seit Monaten unken, dass die Politik ihren Kindern eine Impfung aufzwingen will. Aber auch in Familien, die nicht aus dem Querdenker-Spektrum stammen, ist das Thema emotional besetzt. Die Entscheidung, ob man geimpft werden möchte oder nicht, muss jeder selbst treffen. Deshalb dürfen sich Familien nicht gedrängt fühlen. Geben Eltern zu bedenken, dass ein vom Unterricht abgekoppeltes Angebot am Nachmittag oder am Wochenende den Druck nehmen würde, sollten sie gehört werden.

Das neue Schuljahr in Zahlen

362 000 Kinder und Jugendliche werden unterrichtet – 23 500 ABC-Schützen

KIEL. An den 794 öffentlichen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen werden im neuen Schuljahr 362 000 Schüler erwartet. 23 500 Mädchen und Jungen werden eingeschult. Das sind 200 mehr als im Vorjahr. Insgesamt steigt die Zahl der Grundschüler um 1,4 Prozent auf 102 000 Kinder.

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler an den Gemeinschaftsschulen steigt um 0,2

Prozent auf 84 600. An den Gymnasien gibt es ein leichtes Minus: Gingen 2020 noch 74 000 Jugendliche dorthin, so sind es jetzt 100 weniger.

An den Förderzentren blieb die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit 5400 etwa auf dem Vorjahreslevel. Die berufsbildenden Schulen erwarten einen Rückgang um zwei Prozent auf 85 839.

Die Zahl der Lehrkräftestellen steigt leicht auf gut

19 300. Das sind 72 Stellen mehr als im Vorjahr. 98,7 Prozent sind besetzt. Von 758 Schulleiterstellen sind 26 noch vakant.

Hinzu kommen 250 Lehrerinnen und Lehrer, die im Rahmen des Landesprogramms „Zukunft Schule im Digitalen Zeitalter“ eingestellt werden.

Die Schulen sollen 100 zusätzliche FSJ-Stellen bekommen, mehr Aushilfslehrkräfte und Schulassistenten.

Land plant Impfaktion an den Schulen

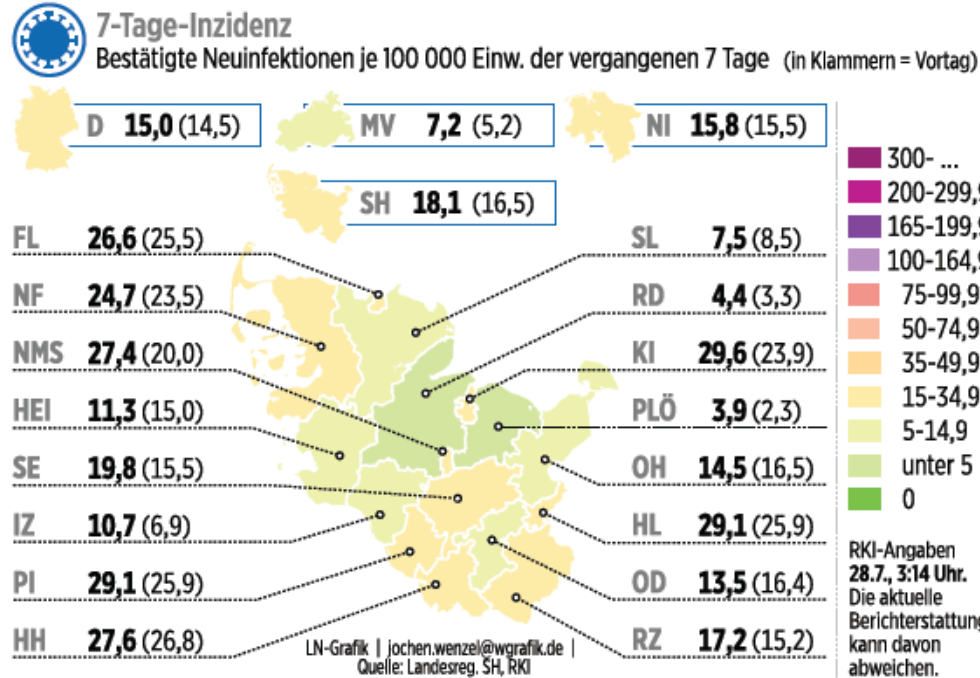
Jugendliche und Beschäftigte erhalten nach den Ferien ein Angebot mit Biontech – Maskenpflicht bleibt noch bestehen

VON WOLFRAM HAMMER

KIEL. Schleswig-Holstein startet gleich nach den Sommerferien eine Impfaktion an den Schulen im Land. Alle Jugendlichen ab zwölf Jahren und alle noch nicht geimpften Beschäftigten sollen darüber ein Impfangebot bekommen, kündigte CDU-Bildungsministerin Karin Prien gestern an.

Eine Pflicht zur Impfung werde es nicht geben. Sie dürfe aufgrund der fehlenden Empfehlung der „Ständigen Impfkommission STIKO“ auch selber keine Empfehlung zur Impfung geben. „Aber eines kann ich ihnen sagen: Meine Kinder sind alle geimpft“, sagte Prien.

Am 19. August soll die Impf-Aktion mit Biontech-Impfstoff in den Schulräumen beginnen. Die Kassenärztliche Vereinigung KVSH wird ihre mobilen Impfteams nach Terminabsprache mit den Schulleitungen an 250 Ge-



Weitere Grafiken mit Daten zur aktuellen Pandemie-Lage in Schleswig-Holstein finden Sie auf Seite 6.

meinschaftsschulen und Gymnasien schicken, sagt Prien.

Die Zweitimpfung werde dann drei Wochen später stattfinden. Das alles werde kostenlos angeboten. Eltern und Schüler – sie dürften ab 14 Jahren selbst über eine Impfung entscheiden – würden in

den ersten Schultagen ab kommender Woche Infomaterial erhalten, sagt die Ministerin.

Dass das Schuljahr 2021/22, das am Montag beginnt, ein Präsenz-Schuljahr wird, daran ließ Prien keinen Zweifel. Die Maskenpflicht im Schulgebäude und im Unter-

Dritte Impfung: Das plant das Land

Ein dritter Piks gegen Corona wird höchstwahrscheinlich nötig sein. In Schleswig-Holstein laufen die Planungen für die Auffrischungsimpfungen bereits – vorbehaltlich der noch ausstehenden fachlichen Empfehlungen der zuständigen Stellen. Geimpft werden soll bei den Hausärzten und mit mobilen Teams, die 28 Impfzentren im Land werden voraussichtlich im September geschlossen. **Seite 5**

richt werde daher mindestens in den ersten drei Schulwochen aufrechterhalten. Ungeimpfte müssen weiter zwei Mal die Woche einen Test machen. Zu einem solchen ruft Prien auch alle Urlaubsheimkehrer auf, und zwar „vor dem ersten Betreten der Schule“. Das sogenannte Kohorten-

prinzip aber werde entfallen. Das heißt zum Beispiel, dass auf dem Schulhof wieder alle Schüler aller Jahrgänge gemeinsam spielen dürfen.

Im neuen Schuljahr sollten dann vor allem erst einmal Lernrückstände aufgearbeitet werden. Dafür hätten die Schulen zusätzliche Ressourcen erhalten. Unter anderem gebe es jetzt 100 zusätzliche Stellen für junge Leute, die dort ein freiwilliges soziales Jahr absolvieren wollen.

Zudem würden nun alle Lehrkräfte mit digitalen Endgeräten ausgestattet werden. „Der Ausbau der Digitalisierung ist aber kein Signal, dass es wieder Distanzlernen geben soll“, sagt die Ministerin. Am Freitag soll auf einer Kultusministerkonferenz darüber beraten werden, dass die Inzidenz nicht mehr das einzige Maß für Einschränkungen bleiben dürfe. Für Prien steht fest: „Es kann auf keinen Fall sein, dass noch einmal Schulen geschlossen werden.“